

ansehen müssen), die Unersetzlichkeit, die kommunalistischen Forderungen auf Erfüllung auch der Einkommen von 1000 bis 5000 Mark von der Sondersteuer, zu einer Seite gegen die Kommunisten zu denken. Dieser Schriftsteller des Rechts des Erwerbslosenunterstützung magte es, die Erwerbslosen ausgerechnet gegen die unteren und mittleren Beamten auszuspielen. Gleichseitig erklärte er jedoch, daß die kommunalistische Forderung auf Sonderbesteuerung der Millionäre, die in anderem Zusammenhang gestellt worden ist, von ihnen nicht unterstützt werden würde, weil sie nicht ausreichte, um die Not der Erwerbslosen zu beheben. Genau dasselbe Mandat, nur mit einer anderen „Begründung“, vollführte der Nazirebeller Studentowitsch, der die Besteuerung seiner Auftragsgeber mit der Begründung ablehnte die Gelder würden doch nur zur Arbeitslosigkeit verwendet und der Ministerpräsident Schick, der sich öffentlich als „Schuldlos“ an dem Zustandekommen der Rotverordnung hingewiesen verlor, hielt in die gleiche Reihe und vertrat auf einen Kampf gegen die Tribulationen.

Die gestrige Landtagsfikung

Dresden, den 16. Juni 1931.

Zu Beginn der Diensttagung des Sächsischen Landtags wurde die 2. Beratung des Einzelgesetzes Gewerbe- und Dampfesselgesetz durchgeführt. Hierzu hatte der Ausschuss u. a. die Aufstellung über erteilte Ausnahmegenehmigungen zur Ausbeutung von Kräften und Jugendlichen durch Nachtarbeit und Beschäftigung vorzuschlagen. Weiterhin war von der SPD, rein demagogisch, beantragt: Verbot der Benutzung von Sozialhilfen und ihre Erhebung durch Weiblichen, Aufrechterhaltung des Nachtarbeiters und Beschäftigung der Gewerbeausbildungsbeamten.

Genosse Engel kennzeichnete als Vertreter der Kommunisten die Schuld des kapitalistischen Systems, die durch die Statistiken der Gewerbeausbildungsbeamten dokumentiert belegt wird. Es ist reine Demagogie, wenn die SPD sich für Besserstellung der unteren Beamten und gegen die Aufhebung des Nachtarbeiters wendet, während sie zu gleicher Zeit der neuen Rotverordnung offiziell durch den Parteitag in Leipzig den Weg gebietet hat.

Bei dieser Erklärung kam lebhafter Beifall auf der Tribüne ein. SPD-Redner droht darauf bereits mit Nennung der Tribüne und wendet die Entfernung eines Jährlings an!

Prolet ist die Folge in den privaten und in den öffentlichen Betrieben. Die Unterrepräsentation im Reallohn ist die Folge, die 3 Arbeitern das Leben kostet, ist dafür ein deutscher Mensch. Wenn wir verlangen, eine verstärkte Kontrolle über die Einhaltung der Unfallvorschriften bei den U-Bahn und allen öffentlichen Betrieben durchzuführen, weiterhin dem Landtag einen Bericht über die Maßnahmen anlässlich der Privatleider Katastrophe sofort zugehen zu lassen, so wollen wir keinesfalls bei den Arbeitern die Illusion erwecken, als sei eine durchgreifende Hilfe im Rahmen des Kapitalismus und durch den bürgerlichen Staat möglich. Erst der Sturz dieses Systems und die Übernahme der Betriebe in die Hände der Arbeiter gibt den Arbeitern Schutz und Freude am Schaffen. Leuchtendes Beispiel in der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion.

In der Abstimmung werden die kommunalistischen Vorschläge mit Mehrheit angenommen.

Kajis und SPD würgen KPD-Anträge zur Reichsrentenversicherung ab.

Zu besprechenden Abstimmungen kam es bei Beratung des Reichsrentenversicherung und Reichsrentenversicherung. Genosse Engel enthält dabei als Vertreter der kommunalistischen Parteien die unabweisliche Tatsache, daß trotz Millionen Arbeitslosen gegenüber 1931 eine Steigerung der Unfälle um 73 Prozent eingetreten ist, während die Steigerung der Zahl von Reichsrentenversicherung ausgedehnten Summe gegenüber 1931 lediglich 13 Prozent beträgt. Dafür bindet die Verheerung aus totenkranken Arbeitern Unsummen heraus und läßt sie durch Verrenten um ihre Reste bringen. Besprechend ist, daß sich Behinderten und nationalsozialistische Ärzte im Kampf gegen den Internationalen Bund der Ärzte und Arbeitslosen zusammengelassen haben, weil allein dieser Bund konsequent die Interessen der proletarischen Verheereten vertritt. Die Einrichtungen der Versicherung werden beherrschet von einem durch und durch reaktionären Geist. In Göttingen müßt sich eine Behaltungsstelle in die intimen Angelegenheiten der Kranken, die dem Willkürer einer dörrigen Schwester rettungslos ausgeliefert sind. Auch hier haben sich Sozialdemokraten durch ihren Parteifreund Lehmann, dem Krankenversicherungsbeamten, an der Verhinderung der Verhinderung von Untersuchungen und Beobachtungen für Gesundheitsstellen, Versorgungsämter und Versicherungsämter während ihrer Dienstzeit, weiterhin die Zustände in der Heilanstalt Göttingen, insbesondere die Unfallsfälle zu beklagen, außerdem die Forderung des Gehalts, bei der Reichsrentenversicherung zu verlangen, damit der Kläger jederzeit die Möglichkeit hat, ohne Kostenzuschuß einen von ihm bestimmten Arzt zur Beantwortung heranziehen zu lassen. Schließlich die Inanspruchnahme aller Kranken zu einer einheitlichen Krankenliste.

In der Abstimmung werden sämtliche kommunalistischen Vorschläge abgelehnt. Kajis und Sozialdemokraten können sie gemeinsam mit den Bürgerlichen nieder! Die SPD kommt lediglich für die Krankenrentenversicherung zusammen. Nimmere kommt es zur Beratung der

Anträge der KPD gegen die Hungerverordnung, die zum Teil schon vor mehreren Wochen gestellt waren und nach dem Zustandekommen des Reichsausschusses ergriffen worden sind. Kennzeichnend dabei ist die Haltung der übrigen Parteien, die einschließlich der Nazis nicht daran gedacht haben, zur Rotverordnung Stellung zu nehmen. Erst während des Verlaufs der Sitzung kommen nacheinander von fast allen Parteien Anträge zur Hungerverordnung. Die SPD hat dabei eine geradezu schmerzliche Weisheit der Abmilderung der kommunalistischen Forderungen angewandt. Sie stellen zu fast allen Anträgen der KPD „Julian“ oder „Abmilderungsanträge“, die teilweise dasselbe wie die KPD-Anträge fordern, aber in den entscheidenden Punkten die Durchführung dadurch illusorisch machen, daß sie letztlich an die bürgerliche Regierung, an die Reichsregierung richten! Das Entscheidende war, daß die SPD nicht die Befreiung, sondern nur die „Reaktion“ der Hungerverordnung forderte.

Die Kommunisten verlangen schärfsten Protest gegen die Verordnung, Ablehnung der Durchführung durch Sachien, Ein-

SPD-Edel verhindert sofortige Beratung im Rechtsausschuß!

Nachdem in der gestrigen Sitzung des Landtags die Regierung die sofortige Erledigung der Anträge zur Rotverordnung durch Überweisung an den Rechtsausschuß verhindert hatte, stellte in der heutigen Sitzung des Ausschusses die KPD-Fraktion den Antrag, diese Anträge als ersten Punkt zu beraten. Die kommunalistischen Vertreter besetzten sich dabei auf die Bedeutung der besten erfolgten Ablehnung der Reichstagesberatung, die dem Brünning-Diktat ihren letzten Rest Freiheit ermöglicht. So blieb der Sozialdemokratie überlassen, durch ihren Sprecher Edel Einspruch dagegen zu erheben und auf diese Weise die Hungerverordnung zu befehlen. Die SPD hat sich damit offen als der Partei-Feindin und Schicksal entlarvt. Sie verhindert die Stellungnahme und Beschäftigung, um die sofortige Durchführung des Brünning-Diktats zu ermöglichen. Ein Sturm der Empörung der sächsischen Arbeiter muß die Antwort auf die neueste Schandtat der Kapitalistenklasse sein!

der an allem Schuld haben. Dafür verhindert es die sofortige Erledigung der Anträge durch Überweisung an den Ausschuss.

Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten den KPD-Antrag auf Einstellung der Doungschlungen gemeinsam mit den anderen Parteien abgemittelt haben, wird durch diese Proteste nicht aus der Welt gelockt werden.

Die nationalen und internationalen Ausbeuter sollen gemeinsam auf dem Rücken der deutschen Werktätigen ihre Profitgier weiter betreiben, das ist der Zweck der Minderheit aller dieser Parteien und Gruppen. Der kommunalistischen Fraktion blieb es vorbehalten, bei der Begründung ihrer Anträge die Ungeheuerlichkeit des kapitalistischen Kurles der Rotverordnung und Massenauflösung zu enthüllen und den Arbeitern den Ausweg zu zeigen. Den Kampf gegen das verfaulende kapitalistische System für ein von nationalen und internationalen Ausbeutern befreites sozialistisches Deutschland.

Druck gegen den Gehaltsabbau und Kürzung der Kinderzulagen für die unteren und mittleren Beamten, Nichtdurchführung dieses Abbaues in Sachsen. (Hierbei beantragten die Sozialdemokraten zugunsten der Schick-Regierung: „Soweit die Regierung hierzu gewisse Möglichkeiten hat“) Schließlich verlangt die KPD zur Unterstützungszahlung an den Jugendlichen die Forderung an die Reichsregierung, sämtlichen Jugendlichen die Erwerbslosenunterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit zu gewähren, bei Ablehnung dieser Forderung durch das Reich diese Unterstützung durch Sachien auszuspielen, sie jedoch keinesfalls von einer Arbeitsleistung (Pflichtarbeit, Arbeitsdienst usw.) abhängig zu machen und den ausgeleiteten Studierenden (Lehrern usw.) das gleiche zu gewähren.

Außerdem wendet sich die KPD-Fraktion gegen die ungewöhnliche Kürzung der Sozial- und Kriegsrenten und gegen die 50-Pr. Gebühr für Krankenlohnbehandlung.

Abmilderungsversuche des Schick-Kabinetts

Wie hart der kommunistische Vorstoß gewirkt hat, zeigt nicht nur die Tatsache, daß plötzlich alle Fraktionen eigene Anträge einbringen, sondern auch ein bedeutender Zwischenfall. Bevor es noch zur Begründung der kommunistischen Anträge kommt, erhebt sich der Ministerpräsident selbst, um in einer demagogischen Erklärung gegen die Rotverordnung unter Anzeichnung an die nationalsozialistischen Fraktionen der Nazis und nach sozialdemokratischem Muster die „Reaktion“ zu verurteilen, aber gleichzeitig zu erklären, daß im Interesse der „Reaktion“ ein Kampf gegen das Diktat nicht geführt werden kann. Die wahre Absicht dieser Erklärung kommt dann zum Schluss dadurch zum Ausdruck, daß der Ministerpräsident die Überweisung der Anträge an den Ausschuss verlangt, also Beschäftigung. Die Sozialdemokraten atmen ordentlich auf bei dieser Forderung der Regierung, die ihnen die Möglichkeit einer weiteren Hinusschleppung der konkreten Abstimmung bietet. Nachdem die Genossen Kajis und Genosse Wägig die Anträge zur Krankenrentenversicherung und der Verbilligung der jugendlichen Erwerbslosen begründet haben, enthält

Genosse Renner

den meisten Charakter der Regierungserklärung. Es ist unverständlich, wenn die Regierung die Dinge so hinstellen versucht, als habe sie nichts von dem Zustandekommen der Rotverordnung gemerkt. Die Regierung hat die Möglichkeit gehabt, an die Volkswirtschaft zu treten, bevor die Rotverordnung verhängt wurde. Sie hat das nicht getan. Sie hat sich als Schriftsteller dieser Sunaerordnung betätigt. Nichts anderes hat jedoch auch die SPD getan, die ihren Parteitag ausdrücklich nach Hause schickte, damit er nicht zu der Rotverordnung Stellung zu

Polizei-Razzia gegen IAH-Treffen

Weil der Besitzer eines Luxushotels überschnappte

Freiburg (Baden), 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Abend des 14. Juni unternahm die Freiburger Polizei auf die Teilnehmer des internationalen Ländertreffens der IAH eine regelrechte Razzia. Im Verlauf der Razzia wurden 100 Personen verhaftet. Die Polizei umstellte mit einem riesigen Aufgebot das kommunistische Verkehrslokal und verhaftete wahllos Straßenpassanten und Besucher der Wirtschaft. Dabei wurden ganze Familien festgenommen, die Eltern auf Lastautos verladen und die Kinder inhaftig zurückgelassen. Die Verhaftungen wurden begleitet mit einer brutalen Summknüttelplattade. Die Verhaftungen erfolgten ohne jeden Grund. Auch bei Vernehmung im Gefängnis konnte den Inhaftierten der Grund zum polizeilichen Einschreiten nicht angegeben werden. Die Inhaftierten mußten dann am anderen Tage, bis auf zwei, die sich angeblich der Teilnahme widersetzt hatten, wieder freigelassen werden. Inzwischen wurde bekannt, daß die Polizeifaktion von dem Besitzer eines feudalen Hotels veranlaßt worden war, der eine in der Nähe stattgefundene Versammlung der Heilsarmee für eine kommunistische Demonstration gehalten hatte. Diese Annahme des Hotelbesitzers genügt der Polizei, um eine groß-

nehmen Razzia. Das unerhörte Spiel des Sozialdemokraten, die der Art der Abänderungsanträge der SPD geltend zu machen durch die Abänderungsanträge der SPD geltend zu machen, die alle kommunistischen Forderungen, deren Durchführungen für Sachien in Frage kommen, auf das Reich verlagert haben will und sogar die jugendlichen Erwerbslosen unter Gefordrigkeit stellt. Genosse Renner kennzeichnete den ungewöhnlichen Inhalt der Rotverordnung. Diese Diktaturverordnung ist von Anfang bis Ende Ausplünderung der Massen, 1413 Millionen zahlen die Massen, nur 203 Millionen die Kapitalistenklasse. Doch diese ungewöhnlichen Massenbelästigungen als unheimlich zur „Sanierung“ erklärt werden, aber gleichzeitig die von der KPD im Reich und in Sachsen geforderte Währungsreform auch von SPD und Nazis bekämpft wird, das kennzeichnet diese „Sanierungspolitik“ besonders. Wenn die Sozialdemokratie und mit ihr die Schick-Regierung eine „bloße“ Abänderung dieses Monstrums verlangen, so kennzeichnet das schon die Verneinung, den gesamten Inhalt des Brünning-Diktats zu schließen. Die Sozialdemokraten der Bourgeoisie täten bereits, wenn durch Erteilung zu einer verächtlichen Attade, wie z. B. beim Plan für ein Direktorium.

Die Massen erkennen jetzt jedoch auch, daß hinter den Schein Schicks gegen die Tribulationen nur die Ablenkung von der Notwendigkeit der sozialen Befreiung als Vorbedingung auch für die nationale Befreiung steht. Die kommunistische Partei hat in ihrem Programm für sozialen und nationalen Befreiung die Fragen des Auswegs aus der Diktatur der internationalen und nationalen Ausbeuter dargestellt. Der Weg der proletarischen Revolution, der Sozialismus ist der Ausweg aus dem kapitalistischen Katastrophensystem.

Die Ausführung des Genossen Renner werden von der kommunistischen Fraktion und der Tribüne mit lauem Beifall ausgenommen. Weder erklärt darauf höflich, noch lei hier in keiner Volkserhebung.

Der entartete Edel promoviert

Die Rede Edels, die nunmehr folgte, war eine einzige Propaganda gegen die Kommunisten. Edel war besonders geizig durch die Entfaltung seiner Abwehr in den Dresdener Wahlen, die Arbeiterstimme gegen die SPD, die die Arbeiterstimme gegen die SPD-„Spezialherichte“. Seine langweiligen Schandblätter gegen die Kommunisten haben offenbar zu den einen Zweck, dem Präsidenten Wedel die Handhabe zum Ausschluß der KPD-Fraktion zu geben. Da dies nicht gelang, organisierte man gemeinsam mit den Bürgerlichen ein reiches Mandat zur Abmilderung des kommunistischen Debattierens. Edel trat selbstverständlich nach einigen demagogischen Worten lediglich für eine „Reaktion“ der Verordnung ein, d. h. für weitere Stützung des Brünning-Kurles. Ausdrücklich lehnte er auch den kommunistischen Nationalratsantrag für Sachien ab mit der lächerlichen „Begründung“, dadurch würde noch mehr die Not behoben. Bezeichnend war dabei, daß der größte Teil der SPD-Fraktion, u. a. auch Wedel, während der Rede Edel nicht in dem Saal kamen. Der Nazirebeller Studentowitsch erklärte sich übrigens ebenfalls gegen eine Nationalratsbestätigung; auch er hatte eine lamole „Begründung“, die Tribüne werden dem bloß davon bezahlt. Als nun nach Stundenlanger Debatte der übrigen Parteien nur noch der sozialdemokratische Redner der Rednerliste eingetragen war, und der christlich-sozialistische Abgeordnete Richter seine Rede begonnen hatte, wurde der kommunistische Fraktionsredner zu einer kurzen Verlesung aus dem Saal gerufen. Diese Gelegenheit benutzte die SPD, um die Christlich-Sozialen zur Beendigung seiner Rede zu veranlassen. Der Sozialdemokrat Heide meldete sich darauf nicht zu Wort, und der Präsident schloß kurzerhand die Sitzung mit der Erklärung, „es sei niemand weiter von den Rednern anwesend“. Auf diese Weise wurde der kommunistische Fraktion durch Erhebung die Möglichkeit der Beantwortung der Edelchen Propaganda genommen. Die Kommunisten werden nunmehr in der Mittagspause des Rechtsausschusses die sofortige Beratung der Rotverordnung beantragen, um die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten zu verhindern.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag den 18. Juni statt.

Erklärung des Genossen Kirchner gegen die Volkszeitung

Der blöde SPD-Schwindel am Pranger!

Daß die Volkszeitung es wagt, meinen Wiedertritt als Schwindel hinzustellen, ist unerhörte und kennzeichnend ihre Methoden. Ich erkläre nochmals, daß das, was die Arbeiterstimme am 9. Juni 1931 unter Erklärungen und Wiedertritt zur KPD gedruckt hat, vollständig der Wahrheit entspricht. Weder meine schriftliche noch mündliche Erklärung auf der Unterdeputiertenkonferenz ist falsifiziert noch gefälscht, sondern ist auch volle Wahrheit. Daß die SPD meine Austrittserklärung erst am 9. Juni erhalten hat, spielt dabei doch keine Rolle, denn wer will mir das Recht abstreifen, zur kommunistischen Partei überzutreten, ohne erst den Edel, um überhaupt Mitteilung zu machen.

Wilhelm Kirchner.

Albanischer König ermordet?

Wien, 17. Juni. Gerüchtwiese verlautet, daß der König von Albanien, Ahmed Zogu, ermordet wurde.

Zogu ist eine Marionette Italiens. Schon kürzlich wurde ein Vorbruch auf Zogu in Wien gerücht. Demals mikiang er. Diesmal scheint er gelungen zu sein.

Deutscher Reichsregierung zurückgetreten

Wien, 17. Juni. Der Ministerrat hat auf Grund des Rücktritts des Ministers Winifred den Rücktritt des Gesamtministeriums Dr. Ender beschlossen. Wie verlautet, wird der bisherige Bundeskanzler Dr. Ender mit der Neubildung betraut werden.

SPD-Schandstreich gegen die Spartakiade

Die Spartakiade wird erst recht stattfinden!

Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtm.)

Auf Betreiben des sozialdemokratischen Kulturbürokraten, hat der Berliner Magistrat jedoch die den roten Sportlern für die Spartakiade bereits zur Verfügung gestellten 8 Sportplätze, Turn- und Schwimmhallen wieder entzogen, da sie „nationalen Verbänden“ zugehören. Diese Maßnahme hat bei der Berliner Arbeiterklasse eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die roten Sportler und mit ihnen das ganze rote Berlin werden sich mit dieser Willkürmaßnahme nicht ohne Widerstand abfinden. So wie das Berliner Proletariat am 1. Mai 1931 keinen Weg! So wie das Berliner Proletariat am 1. Mai 1931 die Kollaboration eroberte, so gilt es jetzt auch den Kampf um die Rückgabe der bereits einmal bewilligten Plätze zu führen. Die Spartakiade wird stattfinden!

Oldenburger Regierung gestürzt

Oldenburg, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Landtagssitzung wurde ein von den Kommunisten eingebrachter Mißtrauensantrag gegen die Bürgerliche Regierung Göttschmann mit 21 gegen 4 Stimmen bei 29 Enthaltungen (des Zentrums und der SPD) angenommen. Gegen den Antrag stimmte lediglich die Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und die Landvolkpartei. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung zurücktrete und vom Landtag eine beschleunigte Neubildung des Kabinetts ermittle.